

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Die Sahel-Zone als Schlüsselregion für Europas Sicherheit begreifen – Den Mali-Einsatz militärisch und politisch zum Erfolg führen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mali befindet sich in einer schlechten sicherheitspolitischen Gesamtlage. Trotz inzwischen neunjähriger MINUSMA-Mission und intensiver Unterstützung Malis im Rahmen der European Training Mission (EUTM) Mali sind keine Verbesserungen erkennbar.

Die Militärregierung in Bamako übt nur über einen kleinen Teil des Staatsgebietes effiziente Kontrolle aus. Darüber hinaus konterkariert die malische Regierung in vielen Fällen die Ziele des VN-Einsatzes. Die Zahl der Angriffe dschihadistischer Terrorgruppen steigt dramatisch in geographisch immer weiterem Rahmen. Mali dient regionalen dschihadistischen und kriminellen Gruppen als Rückzugsort und destabilisiert dadurch die Region. Die Versorgungslage der Bevölkerung und der Zustand der Wirtschaft sind schlecht. Dies schafft neben der grassierenden Unsicherheit verstärkt Anreize, das Land zu verlassen. Russland übt sichtbar militärischen Einfluss vor Ort aus und nutzt Mali als Ankerpunkt für seine destabilisierenden Einsätze in der Region, zuvorderst die der Wagner-Gruppe. Dabei setzt Russland wie im Nahen Osten und Osteuropa eigene Interessen ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Normen und das Stabilitätsinteresse anderer durch. Andere Akteure wie China, die Türkei, Katar und der Iran bauen ihre Präsenz in Mali systematisch aus, um ihre Interessen durchzusetzen, die mit westlichen oft nicht zu vereinbaren sind.

Der bisherige Einsatz von MINUSMA war dennoch nicht wirkungslos. Insbesondere die Vernetzung von State-Building-Ansätzen und militärischem Engagement zur Verbesserung der Sicherheitslage konnte für einige Regionen Malis nachhaltigen Fortschritt herbeiführen. In der Breite des Landes kamen diese Verbesserungen jedoch nicht an. Dafür war zum einen das Engagement der internationalen Gemeinschaft und zum anderen die innenpolitische Stabilität Malis sowie die Mitwirkungsbereitschaft der malischen Regierung nicht groß genug. Bei einer Gesamtbetrachtung der Zukunft des Engagements muss auch berücksichtigt werden, dass MINUSMA in vielen Teilen Malis der bedeutendste Arbeitgeber ist.

Das Friedensabkommen von 2015 mündete eben nicht in der von der internationalen Staatengemeinschaft erhofften Inklusion der entstandenen politischen Bewegungen, sondern seine Implementierung wurde von der Militärjunta verzögert und ad absurdum

geführt. Auch regionalpolitisch zeigt sich ein Scherbenhaufen, sowohl was die Situation in einzelnen Staaten anbelangt als auch in den Beziehungen Bamakos zur Region. Mali ist nach wie vor von der Afrikanischen Union und ECOWAS suspendiert.

Der Abzug der französischen Kräfte der Mission Barkhane aus Mali infolge einer ablehnenden Politik der malischen Regierung gegen Frankreich hat MINUSMA wichtige und notwendige Unterstützung entzogen. De facto gibt es nun keine robuste Mission unter westlicher Führung, die einen Verfolgungsdruck gegenüber den terroristischen Gruppen aufrechterhält. Dadurch haben sich nicht nur dschihadistische Gruppen im Norden Malis weiter ausbreiten können, sondern MINUSMA kann seinen militärischen Auftrag vor allem aufgrund fehlender Luftnahunterstützung faktisch nicht mehr wahrnehmen, ohne das eigene Personal erheblichen, nicht mehr zumutbaren Gefahren für Leib und Leiben auszusetzen und bildet dementsprechend keine militärische Präsenz in der Fläche mehr ab. Zunehmend haben alle weiteren westlichen Akteure ihre Kräfte abgezogen oder stehen davor, dies zu tun. Die im Einsatz befindlichen und von El Salvador gestellten Helikopter des Typs MD500 können diesen Auftrag weder durchgehend wahrnehmen, noch entsprechen sie den bisherigen Fähigkeitsforderungen der Bundeswehr. Die potenzielle Aussicht auf mögliche Hubschrauber des Typs Mi24 aus Bangladesch hilft den Soldatinnen und Soldaten vor Ort nicht.

Dies erhöht die Gefährdung für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Zusammen mit den immer wieder auftretenden Problemen und Beschwerden bei den Personal- und Versorgungsflügen für das deutsche Einsatzkontingent nach und von Mali ist unseren Soldatinnen und Soldaten ein Einsatz unter diesen erschwerten Bedingungen kaum zuzumuten. Dies führt regelmäßig zu besonders kritischen und völlig unnötigen Herausforderungen, wie beispielsweise einer fehlenden Rettungskette, mangelnder Versorgung der eingesetzten Kräfte oder gar über mehrere Wochen ausbleibender Personalrotation. In der Summe bleibt eine Bundeswehr, die ihren Auftrag nicht erfüllen kann und damit nur als Anlehnungspartner für andere Nationen Verantwortung übernimmt, ohne dass ein Mehrwert im Sinne der Missionsziele generiert wird.

Gleichwohl bleibt die Stabilität der Sahel-Region im Sicherheitsinteresse Deutschlands und Europas. Die Folgen wachsender Instabilität und zunehmender Migration werden in Europa unmittelbar zu spüren sein. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Stabilisierung der Sahel-Zone vorlegt und klar ausbuchstabiert, welchen Beitrag die EU zur Stabilisierung der Sahel-Zone leisten kann und muss. Die Bundesregierung hat vor allem über die Bundesministerin der Verteidigung mehrfach selbst Bedingungen in Form von Selbstfestlegungen aufgestellt, die für eine Fortführung des Einsatzes gegeben sein müssten (<https://www.stern.de/news/lambrecht-sieht-bedingungen-fuer-weiteren-mali-einsatz-derzeit-nicht-gegeben-31629856.html>, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/ministerin-klare-forderung-mali-besuch-camp-castor-5391320>, <https://www.rnd.de/politik/verteidigungsministerin-in-mali-zweifel-bei-weiterer-zusammenarbeit-lambrecht-erwartet-klarheit-bis-54G3XNRN67JRVMNQ52EMMVXHI.html>), die dann aber nicht eingehalten wurden. Eine nüchterne Evaluierung der aktuellen Zielerreichung der Einsätze und eine dementsprechende rasche Anpassung der militärischen und politischen Rahmenbedingungen sind dringend geboten, wenn das deutsche Engagement Aussicht auf Erfolg zeitigen soll.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine kohärente und ressortübergreifende Strategie für die Sahel-Zone zu erarbeiten und im Deutschen Bundestag zur Diskussion zu stellen;

2. eine politische Rahmenstrategie für den Einsatz der Bundeswehr in Mali bis Ende des Jahres 2022 zu verfassen, die die konkreten Ziele der Bundesregierung in Mali festhält und darlegt, wie diese erreicht werden sollen, um so im Zweifel einen geordneten Rückzug im Rahmen des aktuellen Mandats gewährleisten zu können;
3. dem Deutschen Bundestag zeitnah, klar und verbindlich eine Perspektive für den MINUSMA-Einsatz und eine Empfehlung zur Fortsetzung oder Beendigung des Einsatzes vorzulegen, so wie es im Mandat angelegt ist und so wie es die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag zugesagt hat;
4. dem Deutschen Bundestag zeitnah, klar und verbindlich notwendige Rahmenbedingungen und für oder gegen die Fortsetzung der EUTM in Mali und angrenzenden Staaten vorzulegen;
5. eine Überprüfung aller Mittel der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit durchzuführen, um zu evaluieren, ob diese den Zielen der Bundesregierung in Mali entsprechen und eine weitere Prüfung durchzuführen, um zu eruieren, ob eine Konditionalisierung dieser Mittel erforderlich ist, um die politischen Ziele der Bundesregierung in Mali zu erreichen;
6. mit den Regierungen der Anrainerstaaten Malis und der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS in einen strategischen Dialog über die Lage in Mali und den Nachbarstaaten zu treten;
7. eine Strategie zu entwickeln und vorzulegen, wie wir auf die russischen Desinformationskampagnen in sozialen Netzwerken gegenüber der westafrikanischen Öffentlichkeit reagieren können;
8. konkrete Erwartungen an das Niveau der Kooperationsbereitschaft der malischen Regierung mit MINUSMA zu formulieren;
9. konkrete Erwartungen zur Inklusion anderer politischer malischer Akteure an die malische Regierung zu formulieren;
10. eine Klarstellung zum Auftrag russischer Sicherheits- und Söldnerkräfte in Mali durch die malische Regierung einzufordern, dem Deutschen Bundestag hierüber Information zu erstatten und klare limitierende Bedingungen an diese Zusammenarbeit als Voraussetzung für die weitere Präsenz deutscher Truppen in Mali zu formulieren;
11. eine rasche Evaluierung durch MINUSMA durchführen zu lassen, welche militärischen Fähigkeiten der Mission akut fehlen, um ihren politisch vorgegebenen Auftrag militärisch durchführen zu können und diese Fähigkeiten innerhalb von drei Monaten in Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern zur Verfügung zu stellen;
12. so rasch wie möglich geeignete Hubschrauber zur militärischen Luftunterstützung der MINUSMA-Kräfte von anderen Staaten für die Mission zu generieren oder auf dem Markt verfügbare Modelle unverzüglich zu beschaffen, damit eine durchgängige Luftunterstützung der deutschen Soldatinnen und Soldaten in Mali sichergestellt werden kann.

Berlin, den 8. November 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

